Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 17. Dezember 1926
Freitag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag: Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Wort • Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltwerkehr • Blitz im Bilde

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
17.12.a Nr. 589 10 Pfennig

Zum Tage

Nachdem die deutschen Wünsche auf Vermehrung des deutschen Beamtenpersonals im Internationalen Arbeitsamt eine gewisse Erfüllung erfahren haben (die Forderungen nach einem deutschen Generalsekretär und Dispositionsfonds bleiben freilich bestehen), wird sich in der nächsten Zeit das deutsche Interesse auf die deutsche Amtssprachenfrage konzentrieren. Bei dem Besuch des Direktors Albert Thomas in Berlin dürfte diese Frage eine sehr große Rolle gespielt haben. Wie Herr Thomas in einem Gespräch mit einem unserer Redaktionsmitglieder mitteilte, sei es aus allgemein politischen Gründen z. Zt. noch nicht möglich, die deutsche Sprache neben der englischen und französischen als Amtssprache im Arbeitsamt offiziell einzuführen. Immerhin spiele aber die deutsche Sprache in der Praxis bereits eine sehr große Rolle. Thomas versicherte, daß im nächsten Jahre auch der große Bericht des Direktors in deutschem Text erscheinen würde, um Fortschritt, den weite Wirtschaftskreise bei uns sehr begrüßen werden. Ferner soll in Zukunft auch die Debatte, die bisher von der Delegation selbst ins Deutsche übertragen werden mußte, von dem amtlichen Dolmetscher übersetzt werden, in einer der immer weiteren in der Lage sei. Zu diesem Entgegenkommen genüge eine geringfügige Satzungsänderung. Der Büchrische Verkehr zwischen dem Arbeitsamt und der Reichsregierung wird in englischer und französischer Sprache gehalten, sofern es sich um allgemeine Fragen handelt; deutsches Hinaus soll die Spezialkorrespondenz die deutsche Sprache berücksichtigen, was nach der Vermehrung des deutschen Personals ohne weiteres möglich ist. Größere Schwierigkeiten scheint die deutsche Forderung zu bereiten, für die internationalen Abkommen einen authentischen deutschen Text herzustellen und dafür noch deutsche Vertreter in den Redaktionskomitee aufzunehmen. Wir glauben aber, daß bei gutem Willen auch dieser Wunsch, der nicht gegen das Interesse des Amts geht, liegen dürfte, erfüllt werden kann. In der Unterredung wies Thomas darauf hin, daß zahlreiche Publikationen des Genfer Amts in deutscher Sprache erscheinen, und daß gerade jede deutschen Ausgaben den stärksten Absatz hätten; darin zeige sich deutlich das große Interesse, das in Deutschland der internationalen Sozialgesetzgebung entgegenbringt wird. Diese Tatsache beweist für uns von neuem, daß der deutsche Anspruch auf eine maßgebende Stellung im Internationalen Arbeitsamt durchaus gerechtfertigt ist, und daß der praktischen Bedeutung der deutschen Sprache auch die amtliche Konsequenz gezogen werden muß.

*

Die Donnerstagsansprache in der Berliner Stadtverordnetensitzung über die Vorlage beim Handel um Düppel-Dreilinden hat erkennen lassen, daß so in der Berliner Verwaltung nicht mehr weiterarbeitet werden kann. Ob die teilweise sehr scharfen Angriffe gegen den Magistratsdezernenten in diesem Umfange berechtigt sind, wird zweifellos noch nachgeprüft werden müssen. Sicher ist, daß Stadtrat Busch dem Stadtparlament in einer der wichtigsten Angelegenheiten, über die die städtischen Körperschaften in diesem Jahre zu beschließen hatten, die Vorlage gemacht hat, die nicht nur unzeitgemäß vorbereitet und ausgearbeitet war, sondern auch starke Lücken und Fehler enthielt. Erweist ist zu verlangen, daß Vorlagen von solcher Wichtigkeit der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt angepaßt, rechtzeitig vorgelegt und bis ins kleinste hinein klar ausgearbeitet werden. Was die Vorlage selbst betrifft, so ist ihr Gesetzgeb wohl noch nicht endgültig beschieden. Eine Wahrheit hat ihr am Donnerstag zwar grundsätzlich zugestimmt, aber dabei doch so einschneidende Vorbehalte gemacht, daß man eigentlich mit einer neuen Vorlage rechnen muß. Ein genauer Finanzierungsplan und der Gesellschaftsvertrag der zu gründenden Gesellschaft Düppel-Dreilinden allen zur Kenntnis gebracht werden. Die in der bisherigen Vorlage nicht enthaltenen Rechte der Herrschaft — Gutshof Düppel und Gutshof Dreilinden, beide mit dem anliegenden Areal — sollen gleichfalls gekauft werden, und zwar zu einem Preise, der dem für das übrige Gebiet entspricht. Nur unter diesen Bedingungen ist die Vorlage angenommen worden. Man wird abwarten müssen, ob sie erfüllt werden können.

Ein Dementi Dr. Stresemanns

Die „Basler Nationalzeitung" hat ein angeblich Interview mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann veröffentlicht, in dem dieser verschiedene Aeußerungen über Differenzen zwischen Briand und Chamberlain bezüglich der Verhandlungen in Genf gemacht haben soll. Das WTB. ist zu der Erklärung ermächtigt, daß der Reichsaußenminister Dr. Stresemann einem Vertreter der „Voller Nationalzeitung" überhaupt kein Interview gewährt hat. Bei einer kurzen Unterredung, die mit Vertretern der Schweizer Presse auf dem Bahnhof in Basel stattfand, hat der Minister lediglich die Vorgänge in Genf in großen Zügen analisiert. Aeußerungen in dem angedeuteten Sinne sind dabei nicht gefallen und können nicht fallen, weil der deutsche Außenminister über die internen Vorgänge zwischen Briand und Genf selbstverständlich nicht unterrichtet war.

*

Im Laufe des Freitag-Vormittags empfing der Reichspräsident den afghanischen Gesandten Ahmed Ali Khan, der ein Handschreiben des Königs von Afghanistan mit der Mitteilung über die inzwischen erfolgte Besetzung des deutschen Gesandten Dr. Strauß überreichte.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

a. **Paris**, 17. 12. (Eigenbericht). Eine Meldung aus Madrid besagt, daß in den Kreisen der spanischen Journalisten große Aufregung herrscht, weil die Regierung beschlossen hat, daß die Sitzungen auch Montags erscheinen sollen, was bisher nicht der Fall war.

Die Entscheidungsstunden im Reichstag

Das Schicksal des Kabinetts noch ungewiß — Marx und Westarp bei Hindenburg

Bis zur Mittagsstunde ist die Entscheidungsschlacht um das Kabinett Marx noch nicht in jenes Stadium getreten, wo man den Ausgang klar vorhersagen könnte. Es haben Verhandlungen stattgefunden, aber sie haben nicht zu einem positiven Ergebnis geführt. Sie sollen fortgesetzt werden, aber es ist fraglich, ob sie noch eine Wendung herbeiführen.

Der Reichspräsident, der bereits am Vortage mit verschiedenen Parteiführern Fühlung genommen hatte, empfing den deutschnationalen Vorsitzenden Grafen Westarp und den Reichskanzler Dr. Marx. Im Reichstage verlautet, daß Hindenburg dem Kanzler nahegelegt hat, einen Ausweg aus der Krise dadurch zu suchen, daß er mit den Deutschnationalen in Fühlung treten möge.

Der Reichskanzler soll darauf ablehnend geantwortet haben. In unterrichteten Kreisen wird diese Haltung dahingehend ausgelegt, daß eine Umbildung nicht in Frage kommt, weil es dem Reichskanzler persönlich unmöglich gewesen sei, nach den soeben unternommenen Schritten zur Herbeiführung einer Großkoalition sich plötzlich an die Gegenseite zu wenden. Immerhin trägt das Zentrum der durch das Verhalten der Sozialdemokratie geschaffenen Lage dadurch Rechnung, daß es zu verstehen gegeben hat, es halte in absehbarer Zeit Verhandlungen nach links für ausichtslos.

Die Deutsche Volkspartei hat dem Zentrum als einmütige Kundgebung notifiziert, daß sie, obwohl grundsätzlich zu Verhandlungen nach beiden Seiten bereit, die nach links geführten Verhandlungen durch das Verhalten der Sozialdemokratie für erledigt betrachte und von der Forderung, nunmehr nach rechts zu verhandeln, solange nicht abweichen werde bis etwa auch diese Verhandlungen sich als ergebnislos herausstellen sollten.

Die Deutsche wie die Bayerische Volkspartei haben den größten Wert darauf gelegt, daß solche Verhandlungen mit den Deutschnationalen stattfinden. Das ist bisher daran gescheitert, daß die Deutschnationalen bindende Garantien insbesondere vom Zentrum verlangen, die das verweigern wollen. Man begründet das Verlangen, sich auf eine Rechtsschwenkung festzulegen, als zu weitgehend. Die Deutschnationalen waren bereit, eine solche Garantie mit Rücksicht auf die außerpolitische Lage auch bestimmt entgegenzunehmen. Es haben verschiedene direkte Verhandlungen zwischen Deutschnationalen und Zentrum stattgefunden, die am Nachmittag fortgesetzt werden sollen. Aber man glaubt nicht ernsthaft an eine Möglichkeit, auf diesem Wege zum Ziele zu kommen.

Um 2 Uhr trat die Zentrumsfraktion zusammen.

*

Ueber den Plenum lagert die gedrückte Stimmung, die jedem Regierungssturz vorauszugehen pflegt. Der Dem. Frat Haas setzte sich bei nicht sehr glücklicher Beteiligung der Abgeordneten mit der auch ihm bekannten ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie auseinander. Es folgte der sozialdemokratische Fraktionsführer Müller-Franken, der einiges von dem durch Hern Scheidemann gestern zerschlagenen Porzellan zu kitten versuchte.

Nach der Geschäftslage ist mit den entscheidenden Abstimmungen unmittelbar schon für den Nachmittag, nicht erst für den Abend zu rechnen. Der Ausgang der Schlacht wird bis zum letzten Augenblick ungewiß bleiben, da die Deutschnationalen mit Rücksicht auf Verhandlungsmöglichkeit es bis zuletzt vermeiden dürften, sich festzulegen. Die Mehrheit der Fraktionen ist allerdings der Ansicht, daß bei negativem Ausgang der Verhandlungen der Fraktionen nichts anderes übrig bleibe, als das volle Gewicht von 110 Stimmen gegen die Regierung in die Wagschale zu werfen. Ein Teil der Fraktion tritt nach wie vor wenigstens zur Stimmenthaltung ein, um Gewehr bei Fuß der Schlacht zwischen der Sozialdemokratie und der Regierung zuzuschauen. Auf diese Weise habe man die Möglichkeit, der Verantwortung, Zufall zu überlassen und die Verantwortung denen zuzuschieben, die das Kabinett unter allen Umständen zum Sturze zwingen wollten. Auch wir halten dafür, daß die Deutschnationalen sich dem sozialdemokratischen Angriff nicht anschließen sollten. Es ist ihnen zwar auch von anderen Parteien bekundet worden, daß parteipolitisch ein solches Verhalten durchaus begreiflich sei. Staatspolitisch wäre nach unserer Auffassung die Rücksicht auf Außenpolitik und Reichswehr dem Parteiprestige voranzustellen.

*

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Die dritte Lesung des Nachtragshaushalts wird fortgesetzt. Verbunden damit sind die Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Abg. Dr. Haas (Dem.)

bedauert die Haltung der Sozialdemokratie und erklärt: Ich kenne zwei Wege, wie eine Regierung geführt wird: Man kann mit einer bestehenden Regierung über die Umbildung verhandeln, denn muß sie auch bestehen bleiben. Dann gibt es einen zweiten Weg, daß sie zurücktritt. Dann kann man aber nicht mehr mit ihr über die Umbildung verhandeln. In dem Augenblick, wo sie zurücktritt, hat das Wort der Herr Reichspräsident, und wir dürfen, weder eine sozialdemokratische noch irgendeine andere Fraktion noch eine Kombination von Fraktionen haben es in der Hand, zu bestimmen, wie die nächste Regierung aussehen wird. Wenn man ernsthaft eine große Koalition wollte, so mußte man die jetzige Regierung stürzen und mit ihr über die Frage der Umbildung verhandeln. Wenn man eine Regierung auffordert zurückzutreten, muß man sich unmöglich darüber klar sein, wie die nächste Regierung aussehen wird. Ich bin der Meinung, daß wir uns endlich zum Prinzip machen müssen, eine Regierung erst dann zu stürzen, wenn man sich völlig deutlich klar ist, wie die nächste gebildet werden soll. Wir kommen sonst allmählich in den Zustand hinein, daß die nächste Regierung nach sämtlichen Seiten hin als die vorhergehende. Vor einiger Zeit hatte man den Eindruck, daß die Sozialdemokratie auf einen Boden der großen Koalition treten wollte, und zwar aus außenpolitischen Gründen. Wenn man mit Rücksicht auf die Außenpolitik der Unlust ist, daß wir zusammenhalten müssen, denn dürfte eine Isolation in dieser Form von den Sozialdemokraten nicht gefaßt werden.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen haben die Fragen der Reichswehr eingenommen. Diese Ausführungen in der Rede des Abg. Scheidemann sind mir schmerzhaft und peinlich. Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten wollten gemeinsam, wie es in den letzten Wochen deutlich in die Erscheinung trat, manche Mängel abstellen, die nach ihrer Ansicht in der Reichswehr herrschten, und man hätte im Wege der Verhandlungen sehr wohl eine gemeinsame Basis für diese Reformbestrebungen finden können. Und jetzt es nicht darum, in der Verangangenheit zwecklos herumzuwühlen. Es muß einmal offen ausgesprochen werden, daß alles, was damals geschehen ist, gedeckt wird durch die Namen Ebert, Wirth und Noske. Dr. Wirth hat sich zu seiner Verantwortlichkeit bekannt, und wir Demokraten sagen, daß wir mit Stolz Verantwortung tragen, die damals Rathenau und Wirth, und es wäre gut gewesen, wenn die Sozialdemokratie in Erinnerung an ihren Ebert erklärt hätte: „Auch wir tragen mit Stolz die Verantwortung, die er damals in schwerer Stunde übernommen hat." (Sehr wahr! b. d. Dem.)

Möge man es endlich doch draußen begreifen, der Stolz von Versailles schafft den Geist der Gewalt und der Geist von Locarno schafft den Geist des Friedens. Ein Volk aber, das seine Grenzen nicht verteidigt, hat keinen Anspruch auf Lebensfähigkeit. Wir müssen aber unbedingt von der Regierung fordern, daß die Reichswehr rückhaltslos und ohne Ausnahme alle Bestrebungen zu hemmen verbinden und zu irgendwelchen politischen Organisationen löst. Auch das Reichsbanner soll seine Beziehungen zur Wehrmacht unterhalten. Der bayerische Ministerpräsident Held sagte in einer Rede, von Wirth über Haas bis zu Löbe wurden man, die Reichswehr mit Gewalt zu einem Instrument der Sozialdemokratie zu machen. Darauf möchte ich mit aller Deutlichkeit erklären, die deutsch erzogen, wollen Deutsch nicht, daß die Reichswehr ein Instrument der Sozialdemokratie wird. Aber sie soll ein sicheres und zuverlässiges Instrument der deutschen Republik sein. Wir haben ja für die Zukunft auch die Zusage, daß mit dieser Erziehungsarbeit in der Reichswehr begonnen wird. Denn bisher ist in der Deutschen Erziehung in der Richtung des republikanischen Staates nicht geleistet worden. Die Treue zur republikanischen Staatsform verlangt auch die Deutsche Volkspartei. Zuruf des Abg. Brüningdunk: Selbstverständlich!)

Staatsstreich in Litauen

Die bisherige Regierung festgenommen — Militärdiktatur Smetonas

pf. **Memel**, 17. 12. (Eigenbericht)

Nach einer Meldung des „Memeler Dampfboots" aus Kowno ist heute nach 3 Uhr die bisherige Regierung, an deren Spitze Ministerpräsident Sidzikauskas stand, in Haft festgenommen worden. Die Zügel der neuen Regierung soll der ehemalige Staatspräsident Litauens, Smetona, in die Hand genommen haben. Das Militär stehe auf seiten der neuen Regierung. Ueber Litauen und das Memelgebiet ist der Kriegszustand verhängt worden.

In Memel merkt man allerdings nichts von einer revolutionären Bewegung. Die Zeitungsgenüge wird zunächst sehr loyal gehandhabt. In Kowno selbst soll, wie unsere hiesige Gouvernement mitteilt, vollkommene Ruhe herrschen. Für den heutigen Geburtstag des Staatspräsidenten Grinius waren große Vorbereitungen getroffen worden. Alle Behörden haben Vertreter zu der Geburtstagsfeier nach Kowno entsandt. Aus Memel sind der Gouverneur, der Landtagspräsident und der Präsident des Direktoriums mit ihren Frauen nach Kowno gefahren. Man nimmt an, daß die Ehrengäste auch festgenommen worden sind.

Nähere Einzelheiten über den Hergang des heute nacht in Kowno vollzogenen Staatsstreiches liegen hier noch nicht vor, da sämtliche Telephonverbindungen nach Kowno unterbrochen sind. In den Mittagsstunden erwartet man hier ein Kommuniqué der neuen Regierung, in dem sie dem Vorlegen Ziele darlegen will.

Königsberg, 17. 12.

Vom hiesigen litauischen Konsulat erfährt man, daß die litauische Regierung in Kowno gestürzt und die Militärdiktatur ausgerufen worden ist. In Kowno und im Lande herrscht Ruhe. Es soll versucht werden, in den nächsten Tagen eine neue Regierung zu bilden.

Smetona war 1917 zum Präsidenten der mit Genehmigung der deutschen Besatzungsbehörden zusammengerufenen Tarybu gewählt worden. Nach Beginn des Jahres 1918, 18. Februar 1918, erfolgte die Unabhängigkeitserklärung Litauens. Nach dem Abzug der deutschen Besatzung war Smetona zeitweise in Berlin und in Stockholm für die Sache Litauens tätig. Am 4. April 1919 wurde er von der vorläufigen Tarybu zum Staatspräsidenten gewählt. Von diesem Amte trat er am 3. Juni 1920 zurück und hat sich fast als Publizist und als Dozent an der Universität Kowno betätigt. Er ist von Beruf eigentlich Rechtsanwalt: Nach dem „Russland" im Memelland war Smetona 1923 litauischer Regierungskommissar in Memel. In den dritten Sejm wurde er als politischer Abgeordneter gewählt.

Der moralische Wert des Vertrages Rom-Berlin

Zeichnungsort, Zeitpunkt und Unterzeichner noch unbestimmt

fr. **Mailand**, 16. 12. (Eigenbericht)

Der „Secolo" hat Erkundungen in Rom über den deutsch-italienischen Schiedsvertrag eingezogen und erfahren, daß man sich über alles einig sei bis auf die Art und Weise der Unterzeichnung, das heißt den Ort, den Zeitpunkt und die Persönlichkeit der Unterzeichnenden. Wahrscheinlich werde die Unterzeichnung bereits in den nächsten Tagen stattfinden. Diese Auffassung wird in einem inspirierten Artikel des „Popolo d'Italia" bestätigt. Der „Text des Vertrages", so sagt das Blatt, „ist zwar nicht, wie behauptet worden war, paraphiert worden, aber jedenfalls ist er juristisch fertiggestellt, wenngleich die eine oder die andere kleinere Retouche stilistischer Natur noch möglich sein kann." Weil der Vertrag schon seinen materiellen und gesetzlichen Wert habe, solle er mit einer gewissen Feierlichkeit unterzeichnet werden „Italien und Deutschland sind zwei große Nationen", schreibt das Blatt weiter, „die das Buch des Krieges geschlossen haben und aufrichtig in Frieden miteinander zusammenarbeiten wollen, in einer Zeit, wo die Harmonie aller Kräfte für die Entwicklung der inneren Wirtschaft und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen unerläßlich sind." An anderer Stelle heißt es: „Es ist jetzt nicht nur in Italien allgemeine Ueberzeugung, daß die Befriedung Europas vor allem einem harmonischen gegenseitigen Verständnis und einer aufrichtig gemeinten Zusammenarbeit an den Beziehungen zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien übertragen ist. Italien kann heute mit Deutschland mit vollem Selbstbewußtsein verhandeln und mit der richtigen Bewertung der kontinentalen Notwendigkeiten, die in London, Rom und Paris einen neuen Geist von Verständnis hervorgebracht haben."

Die Pariser Flugzeugausstellung

Entrüstung des „Echo de Paris" über die deutschen Besucher

a. **Paris**, 17. 12. (Eigenbericht)

Das nationalistische „Echo de Paris" bringt heute darüber seine Entrüstung zum Ausdruck, daß die gegenwärtig in Paris stattfindende Ausstellung für Flugzeuge von einer außergewöhnlichen Menge Neugieriger deutscher Interessenten besucht werde. Das Blatt findet es unerhört, daß die Regierung ihre Genehmigung dazu erteilt habe, die neuesten technischen Erfindungen auf öffentlichem Platze zur Schau zu stellen. Flugzeuge aller Kategorien, die modernsten Motoren, die wissenschaftlichen Instrumente, die zum großen Teil sogar auf Kosten des Staates hergestellt seien, würden den britischen Spionen und militärischen Sachverständigen der ganzen Welt ausgeliefert. Vor dem Kriege, meint der Verfasser des Artikels, sei so etwas unmöglich gewesen, und er bescheidet es als unverständlich, daß in den heutigen unruhigen Zeiten, wo der Kriegsminister eine der Grenzen des Landes durch Truppenverstärkungen zu sichern suche, eine derartige Ausstellung gestattet sei. „Neben Italienern und Russen, die gekommen seien, um die „Geheimnisse des französischen Genies" zu bewundern, wie die Engländer sich in einem Trinkspruch bei Gelegenheit der Laboratorien, die ihrerseits auch vom Geiste von Locarno beseelt seien, äußerten, nicht anderes tun, als ihre Türen den zahlreichen deutschen Militärs und Industriellen zu öffnen, die gekommen seien, um zu sehen und zu kaufen. Nichts würde ihnen verborgen bleiben, weder die neuesten technischen Errungenschaften, noch die Herstellungsmethoden, noch die Leistungsfähigkeit der französischen Industrie. Man glaubt fast, Tränen in den Augen des Artillerieübers zu sehen, wenn er zum Schluß schreibt: „Und kein Mensch kümmert sich, niemand hat bis jetzt nur ein Wort berichtet zu sagen." Wenn niemand anderes es tut, muß das „Echo de Paris" also diese empfindliche Lücke ausfüllen.

Die verschwundenen Gerichtsakten

Eine weitere Verhaftung

Das Ermittlungsverfahren gegen Beamte der Staatsanwaltschaft wegen Beseitigung von Akten geht immer weitere Kreise. Am Freitag wurde wiederum eine ganze Anzahl von Justizbeamten zur Vernehmung vorgeladen.

Der frühere Assessor bei der Staatsanwaltschaft Scholz, der bereits vor einer Woche zurzeit wegen Betrugs und Untreue zu Gefängnisstrafe verurteilt wurde, ist auch in diese dunkle Affäre mitverwickelt. Er wurde dem Amtsgericht Mitte vorgeführt und nach längerer Vernehmung in Haft genommen. Es war bekannt, daß man in Verbrecherkreisen davon sprachen, daß man konne durch einen Staatsanwalt etwas machen. Dr. Scholz hatte, während er Beamter der Staatsanwaltschaft war, eine Art Doppelleben geführt: In Moabit vertrat er als Mitglied der Staatsanwaltschaft die Anklagen und bereitete die Strafverfahren für die Kammer vor. Er war ein sehr geschickter Staatsanwalt. In seinem Privatleben war er aber ein anderer Mann. Er lebte auf sehr großem Fuße und hatte gute geselligkeitliche Beziehungen. Daneben aber hatte er auch Verbindung mit gewissen Verbrecherkreisen, und es scheint nunmehr, als ob er diesen Kreisen besonders gefällig gewesen ist. In einer Reihe werden die Akten „Edelle" und „Roland" genannt, die fehlen, zu denen auch dem Verhafteten R.-A. Dr. Ludwig Meyer Beziehungen nachgesagt werden.

Das Schicksal von Dr. Meyer wird in Moabiter Richter- und Anwaltskreisen allgemein bedauert. Er gilt als anständiger, fleißiger Mann, der aber sehr eitmütig und charakterschwach ist und gewissermaßen in die Sache „hineingeschlidert" ist. Nachdem er einmal sich aus Schwäche hatte überreden lassen, Kassiber aus der Gefängnis mitzunehmen, war er in die Hände jener Schwurverbrecherkreise geraten, die nun gegen ihn die schwersten Erpressungsmittel ausübten. Seine enge Beziehung zu dem sogenannten Untersuchungsrichter Elkeller waren in Moabit längst bekannt. In letzter Zeit fiel er besonders durch sein gerichtliches Wesen auf.

(Siehe auch 3. Seite.)

Kantons Forderungen vorläufig abgelehnt

Neue Vollmachten für den englischen Gesandten

sx. **London**, 17. 12. (Eigenbericht)

Nach übereinstimmenden Informationen der Presse sollen die Verhandlungen Lampsons in Hankau bereits auf dem toten Punkt angelangt sein, da es nicht möglich gewesen sei, die Forderungen Kantons zu bewilligen. Lampson werde jedoch, wie hingewiesen wird, neue Vollmachten erhalten, seine Handlungsweise gegebenenfalls der neuen militärischen Situation anzupassen.

Von einem Abbruch der Verhandlungen dürfte daher vorläufig abgesehen werden, die militärische Lage bei Schanghai entscheiden ist.

Wie der „Daily Telegraph" mitteilt, wird zurzeit zwischen den verschiedenen Signatarmächten des Washingtoner Abkommens die juristische Frage erörtert, ob die Verlegung der Vertragsrechte durch die Chinesen nicht schon von selbst den bindenden Charakter des Washingtoner Abkommens aufgehoben habe.

„Daily News" teilt mit, daß die britische Gesandtschaft in Peking einen Vorschlag ausgearbeitet hat, den der bisherige englische Gesandte Macleay auf seiner Rückreise nach London mitbringt, für den also der neue Gesandte Lampson nach nicht verantwortlich ist.

Dieser Vorschlag der Gesandtschaft in Peking verlangt, daß alle britischen Missionare und Handelsflotten im Innern in die Vertragshäfen zurückgezogen werden, ferner sollen die beiden Kanonenboote „Teal" und „Widgeon" vom oberen Yangtse zurückgezogen werden. Der Vorschlag verlangt die Aufgabe von Chung King und die Zurückziehung der ausländischen Kolonie.

Eine solche Politik würde verschiedene britische Firmen mit ihren Niederlassungen betreffen, besonders die British-American Tobacco-Company, die Asiatic Petroleum Company, die Zuckerraffinerien der Firma Butterfield & Swire und der Firma Jardine & Matheson.

Es scheint, daß Marschall Chang Tso-lin seinen Plan, die Kantonarmee zu bekämpfen, endgültig aufgegeben hat und die Entscheidung den lokalen Streitkräften des Marschalls Sun überläßt. Marschall Chang Tso-lin dürfte die Ansicht gewonnen haben, daß die Entscheidung an Hanjoie gefallen ist, sich mit der Kantonregierung über die Grenzen seiner Interessensphäre in der Mandschurei zu einigen.

Die Südregierung hat dem chinesischen Außenministerium in Peking mitgeteilt, daß sie in Zukunft in allen Angelegenheiten, die innerhalb seiner Einflußsphäre liegen, direkt mit den ausländischen Mächten verhandeln wird.

Um die Freigabe des deutschen Eigentums

Beginn der Beratung im Repräsentantenhaus

Washington, 17. 12.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses Green verteidigte gestern im Repräsentantenhaus bei Beginn der Beratung über die Gesetzesvorlage betr. die Rückgabe des deutschen Eigentums diese Vorlage als ein Kompromiß, das sowohl die Zustimmung derjenigen gefunden habe, die die Ratifizierung des Friedens haben, als auch die Zustimmung des gesamten Ausschusses. Andere Mitglieder des Ausschusses, darunter der Demokrat Collier und der Republikaner Dowley, unterstützten die Vorlage, während der Republikaner Hill-Nebr. behauptete, die Vereinigten Staaten hätten deutsches Eigentum nicht konfisziert, und es stehe auch keine Konfiskation bevor. Hills sagte weiter, die Gesetzesvorlage stelle vielleicht keine ideale Lösung dar, sicherlich aber wenigstens eine faire. Aus den gesetzlichen Urkunden über das fremde Eigentum ergebe sich klar, daß der Kongreß dieses nur als Sicherheit für zukünftige Zahlungen seitens Deutschlands zurückbehalten habe. Der Demokrat Coz bezeichnete die Vorlage als ein ehrliches und ehrenhaftes Kompromiß. Der Finanzausschuß versuche dem Hause die Zustimmung zu einem Gesetz abzuringen, welchen sich das Land für alle Zeiten schämen müsse. Die Annahme dieses Gesetzes würde eine Art Ehrenschuld gegenüber Deutschland sein.

Der Sprecher Longworth erklärte, daß das Gesetz aber unternehme es doch, gerade zu konfiszieren. Der Republikaner Fitz-Minn dort empfahl die sofortige Rückgabe des gesamten deutschen Eigentums, da die Behauptung von 20 Prozent als Sicherheit der Vereinigten Staaten nicht gegen den Vorwurf einer Konfiskterung schützen könne. — Der Demokrat Rainey sagte, wenn auch die Gesetzesvorlage ihn nicht befriedigen könne, so werde er dennoch für sie stimmen, weil es das beste sei, was man jetzt tun könne. Er glaube, daß hiesen ein Beispiel für alle Nationen der Welt werden, daß Eigentum ebenso feindlicher Staatsangehöriger zu behandeln sei.

Strzynski polnischer Gesandter in Berlin?

Warschauer Meldungen wollen wissen, daß nunmehr eine Entscheidung über die Besetzung des Berliner Gesandtenpostens erfolgt ist. Da Petrz Rabowski nach Neugruppierung der Partei der nationalen Rechten sich innerpolitisch zu betätigen gedenkt, ist beschlossen worden, mit der Leitung der Gesandtschaft in Berlin den früheren Außenminister Stefan Alexander Strzynski, zu betrauen. Der Gesandtenwechsel dürfte am 1. März des kommenden Jahres stattfinden.

Der bisherige polnische Gesandte in Berlin, Dr. v. Olszowski, wird Vorsitzender der sogenannten Locarno-Kommission im polnischen Außenministerium, die alle Vertragsverhandlungen politischer Natur bearbeiten soll.

---

kbg. **Wien**, 17. 12. (Eigenbericht.) In der ersten Dezemberhälfte ist die Zahl der Arbeitslosen in Wien um 4464 auf 88 881 gestiegen. In ganz Oesterreich wird die Zahl der Arbeitslosen auf 180 000 geschätzt.

Baldwin gegen Cook

Von unserem Berichterstatter

sx. **London**, 15. Dezember

Mit der Ablehnung des Mißtrauensvotums der Labour Party hat das große Trauerspiel des Kohlenkampfes nun auch parlamentarisch seinen Abschluß gefunden. Die sentimentale Rede, die Baldwin bei solchen Gelegenheiten aufschlägt, hat ihren Eindruck nicht verfehlt. Die Labour Party mußte schließlich aus Prinzipienfragen dieses Mißtrauensvotum einbringen. Mac Donald selbst war knapp mit halbem Herzen dabei, und als Baldwin in seiner landesväterlichen Art sein rührsüchtiges Mitgefühl mit den von Cook betrogenen Bergarbeitern überfließen ließ, blieb kaum ein Auge trocken. Wenn es jemandem eingefallen wäre, in diesem sentimentalen Augenblick etwa „Nieder mit Cook" zu schreien, hätte mit Ausnahme des indischen Kommunisten Saklatwala das ganze Haus in diesen Ruf einstimmen können. In der Labour Party herrscht eine begreifliche Wut gegen Cook, weil er den Thomas und den übrigen Gewerkschaftsführern, die mit ihm offener Feste stehen, sondern ziemlich allgemein. Die Partei muß sich darauf gefaßt machen, daß Cook ihr bei den nächsten Wahlen an die Rockschöße gehängt wird, was sie sicher nicht verdient. Cook rechnet sich selbst zu den Kommunisten, aber im Wahlkampf verschwinden diese ganzen Unterschiede.

Es ist nicht anzunehmen, daß Mac Donald seinen Ruf nach Neuwahlen sehr ernst genommen hat. Die Labour Party hatte in den letzten Monaten bei Nachwahlen in industriellen Bezirken Erfolge aufzuweisen. Teilweise war das eine reine Personenfrage, wie bei dem Wahlsieg bei der liberalen Partei übergetretenen Kenworthy, teilweise hat es sich um Bezirke gehandelt, die die konservative Partei 1924 nur durch die Uebernimpelung mit dem Stinkmojen-Brief gewonnen hatte, die aber ihrer ganzen Art nach Labourbezirke sind. Es ist ziemlich müßig, die Kombinationen über den Termin der nächsten Wahlen mitzumachen. Baldwin hat die überfürsorgliche Parlamentsauflösung aus seinem ersten Kabinett auf dem Gewissen, die die Labourregierung aus Kader brachte, und hat nicht die Absicht, diesen Fehler zu wiederholen. Wenn er im Unterhaus erklärte, daß die konservative Partei zu gebotener Zeit unbesorgt an das Volk appellieren werde, so heißt sich das auf nichts anderes als auf die termingemäßigen Neuwahlen bei Ablauf der Parlamentsperiode Ende 1929. Bis dahin kann natürlich allerhand geschehen, und es ist bekannt, daß die große konservative Parlamentsfraktion aus sehr verschiedenartigen Elementen besteht. Was auch immer über die Fehler der Baldwinschen Politik gesagt wird, so wird doch allgemein anerkannt, daß er mit seiner Inaktivität und seiner Kompromißlerei parteipolitische Erfolge aufzuweisen hat. Churchill, der einzige, der als ernsthafter Rivale in Frage kommt, ist vorläufig noch unmöglich. Wenn der gigantische Kohlenkampf das Kabinett nicht gestürzt hat, so wird man sich vor Prophezeiungen über seine Lebensdauer hüten müssen.

Es hängt jetzt davon ab, wie Baldwin diesen Kampf liquidieren wird. Die diesjährige Parlamentssession geht in diesen Tagen sang- und klanglos zu Ende. Im Mittelpunkt der nächsten wird die Arbeitsgesetzgebung stehen. Das neue Gewerkschaftsgesetz ist nicht zu umgehen, wird aber nach allem, was bisher verlautet, sehr liberal sein. Der finanzielle Bestand der Gewerkschaften soll nach den Informationen der „Times" nicht angetastet werden. Auch die politische Abgabe der Gewerkschaftsmitglieder, auf der die Finanzen der Labour Party beschehen, soll bleiben. Das einzige, was gefordert wird, ist eine buchmäßige Trennung der politischen Fonds von den Wohlfahrtsfonds und Unterstützungskassen der Gewerkschaften. Damit wird an dem bestehenden Zustand nichts geändert, es werden sogar Wünsche erfüllt, die von Gewerkschaftsleite stammen. Das Gesetz wird aber nicht rückwirkende Kraft besitzen. Das Gewerkschaftsgesetz von 1906 wird nur dahin geändert, daß die Immunität der Gewerkschaftsfassen gegen Schadenersatzansprüche nicht für den Fall eines Generalstreiks gilt. Damit wird an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert, da das bekannte Urteil des Justiz Atkburn vom letzten Juni das Gesetz von 1906 bereits in diesem Sinne interpretiert hat, und da die Gewerkschaften in den Kapitulationsprotokollen nach dem Generalstreik diesen Grundsatz durch Unterschrift anerkannt haben. Es ist nicht anzunehmen, daß Baldwin die weitergehenden Wünsche des von Lord Birkenhead geführten rechten Flügels erfüllt und eine die politische Urabstimmung einführt. Die große Aktion wird im Sande verlaufen, da man in der gegenwärtigen Parlamentsperiode kaum mit einer Wiederholung eines solchen Arbeitskampfes zu rechnen hat und sich nicht erneut Konflikte schaffen will.

Die schwierigere Frage ist die finanzielle Stoßkraft der Steuerausfall für das laufende Finanzjahr geschätzt auf 40—50 Millionen Pfund geschätzt. Dieser unangenehme Teil fällt aber Churchill zu, dessen Tätigkeitsdrang damit reichlich beschäftigt ist. Wenn er Ansprüche auf die nächste Ministerpräsidentschaft erhebt, kann er keine Kandidatur nicht besser empfehlen als durch eine glorreiche Schatzkanzlerschaft. Auch von dieser Seite dürfte Baldwin also vorläufig nicht nichts zu befürchten haben. Baldwin hat sich Churchill persönlich zu Dank verpflichtet,

Baldwin sich den neumonatlichen Waffenstillstand erkauft, ist zum Fenster hinausgeworfen. Von den Vorräten der Kohlenkommission ist nicht ein einziger verwirklicht worden. Das Groß der englischen Bergarbeiter hat die längste Arbeitszeit in Europa, und trotzdem hat Baldwin versuchen, sich jene landesverräterischen Zillisen zu bewahren. Die englischen Grubenbesitzer sind wohl von Anfang an entschlossen gewesen, die Bergarbeiter endgültig niederzukämpfen, und sicher hat ein großer Teil der übrigen englischen Industrielleuten trotz der durch die Kohlennot erlittenen Verluste den Kampf im Bergbau als das Vorspiel einer allgemeinen Lohnermäßigung unterstützt. Baldwin hat nicht zu diesen Leuten gehört und ist heute noch von der Aufrichtigkeit seiner Friedensvorgänge überzeugt.

Die Lösung des Rätsels liegt in Cook. Cook, der nach dem Zusammenbruch des Generalstreiks den Kohlenkampf eigentlich nur noch aus Trotz gegen Thomas und den Generalrat des Gewerkschaftskongresses weitergeführt hat, hat Baldwin in die Front gegen die Bergarbeiter getrieben, gegen die er sich monatelang gesträubt hat. Schließlich kann man es Baldwin kaum verdenken, daß er sich auf diesen Ausweg drängen ließ. Für ihn selbst war es nur der Kampf gegen Cook, und es ist ihm „furchtbar leid", daß die Bergarbeiter darunter leiden mußten. Cook hat ihm die Möglichkeit gegeben, sich mit Anstand aus der Affäre herauszuziehen, die ihm über den Kopf gewachsen war. Baldwin behauptet, daß die Bergarbeiter lediglich aus Loyalität gegen ihre Führer, „diese beste Eigenschaft des britischen Charakters", sieben Monate lang den Kampf durchhielten. Cook hat es fertiggebracht, daß Baldwin heute in der Lage ist, mit dieser bequemen Formel das Verlagen seiner Politik zu entschuldigen und die Verantwortung abzuwälzen. Es ist erstaunlich, wie schnell man sich hier beruhigt.

---

khg. **Wien**, 17. 12. (Eigenbericht). Die österreichische Regierung hat im Nationalrat ein Autoverkehrsförderungsgesetz eingebracht, das für alle Unternehmungen zur Förderung des Kraftverkehrs Erleichterungen und Steuerbefreiungen zur Einführung bringen soll.

„Gut gewaschen — leicht frisiert"

lautet die selbstverständliche Regel für die Pflege des anmutigen Bubikopfes mit dem seidenglänzenden, schön sitzenden Haar.

Hieraus ergibt sich, daß bei der Bubifrisur das Pflegemittel die entscheidende Rolle spielt.

Die regelmäßige wöchentliche Haarwäsche mit Pixavon gibt dem Haar schimmernden Glanz, lockere Fülle und weiche Schmiegsamkeit, die wichtigst n Vorbedingungen für die jugendlich-kleidsame Frisur der eleganten Frau

Keine der gewöhnlichen flüssigen Haarwaschseifen hat auch nur annähernd die Wirkungen von Pixavon. Deutsches Sie fass auf „Pixavon" (nur in geschlossenen Originalflaschen), zweifel für die häusliche Haarwäsche, wie auch für die im Friseursalon.

Fordern Sie kostenlos von uns Abbildungen unser Haarpflegeprobe für 4 Tage 1920

PIXAVON

LINGNER-WERKE Dresden

Der Fall Germersheim vor dem Kriegsgericht

Der Antrag auf Zulassung der deutschen Angeklagten als Nebenkläger abgelehnt

Von unserem Sonderberichterstatter

m. **Landau**, 17. 12.

Mit dem bei dem französischen Militärgericht üblichen theatralischen Gepränge begann heute vormittag 9 Uhr der Rouyer-Prozeß. Die Verhandlung findet in dem großen Saale des früheren Offiziersklubs des ehemaligen bayerischen 18. Infanterie-Regiments statt. Es ist der Stirnseite des Saales, wo das Gericht tagt, befindet sich über der Eingangstüre noch die Büste **der Germania mit dem bayerischen Hauptmappen**, darunter die Inschrift: „Germania, pro patria et gloria. Die Germaniabüste hat man dadurch transzliert, daß man ihr eine Schärpe in den französischen Farben umgelegt hat. Ueber der anderen Eingangstüre befindet sich unter dem bayerischen Wappen in großen Goldlettern die Inschrift: „In Treue fest. Vor den Bänken für die Zeugen, Journalisten und Zuhörer ist bestimmt, sitzen als Zuhörer Vertreter der bayerischen Regierung und des Reichskommissariats für die besetzten Gebiete.

Um 9 Uhr betritt nach einem Klingelzeichen der Gerichtshof unter Führung des Vorsitzenden, des Oberstleutnants Gillier, den Saal, während die im Saal befindlichen französischen Posten salutieren und die Anwesenden sich von den Sitzen erheben. Der Vorsitzende erklärt die Sitzung für eröffnet. Auf Befehl des Vorsitzenden werden die Angeklagten, zuerst Rouyer, dann die deutschen Mitangeklagten von französischen Gendarmen in den Saal geführt und nehmen von den Sitzen der Verteidiger Platz.

Nach der Verabschiedung der Dolmetscher, darunter des von der deutschen Verteidigung zugezogenen deutschen Dolmetschers Dr. Bolte, werden von dem Vorsitzenden kurz

die Personalien der Angeklagten,

zuerst die des Leutnants Rouyer festgestellt. Rouyer ist ein frischer junger Mann. Er trägt eine Brille und hat schwarzes Haar. Nach den werden Richard Hofmann und der Angeklagte Heinrich Fröder aufgerufen sowie der Arbeiter Kegel, der wegen des Vorfalles auf der Sonderstehner Kirchweih angeklagt ist; an sich hat dieser Vorfall mit dem Rouyer-Prozeß nichts zu tun. Die mitangeklagten Arbeiter Arbogast und Kögler, die wegen des zweiten Rebenfalles wegen des Streiks in der Wirtschaft „zum Engel" unter Anklage stehen, melden sich nicht beim Aufruf. Sie sind nicht anwesend, ebenso wenig wie der von Rouyer schwerverwundete Josef Mathes, der sich in der Klinik in Heidelberg befindet. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses durch den Gerichtsschreiber erfolgt der Zeugenaufruf, worauf der Aufklärungsbericht des Kriminalvereters, des Hauptmanns Tropet, verlesen wird.

Von dem Bericht interessieren besonders die Ausführungen, in denen der Aufforderteter seine Auffassung über die Tat Rouyers und ihre rechtliche Würdigung sowie über die Beteiligung von Mathes, Hofmann und Fröder zusammenfaßt. Besonders bemerkenswert sind die Ausführungen, in denen der Bericht auseinandersetzt, daß

von Rotweiler bei Rouyer keine Rede

sein kann. Der Bericht führt u. a. aus: „Dem Unteroffizier Rouyer wird vorsätzliche Tötung durch Mord und Mordversuch, Verletzung zur Last gelegt. Es ist also zu prüfen, unter welchen Bedingungen und weshalb er von seiner Waffe Gebrauch gemacht hat. Konnte er, durfte er sich ihrer bedienen? Wir erklären, er befand sich nicht in Rotweiler. Die Rotweiler ist nur ein besonderer Fall des Vorstandes und der Rotland würde vorgelegen haben, wenn Rouyers Lage derart gewesen wäre, daß er, um ein erheblichen Uebel für sich zu vermeiden, ein Delikt hätte begehen müssen. Wenn Rouyer tatsächlich geschlagen worden ist, konnte er sich verteidigen. Das ist selbstverständlich. Es scheint aber, daß der Gebrauch einer Waffe, nachdem Holzmann durch den Schlag mit der Reitpeitsche bereits beim Zurückweichen los war, nicht mehr notwendig war. Wenn man die Möglichkeit hat, seinen Gegner durch irgendeine Handlung wehrlos zu machen, dann überschreitet man die Grenze der Notwehr, wenn man ihn schwer verletzt.

Weiter scheint es uns, daß Rouyer sich auch bei der Verwundung des Mathes nicht in Notwehr befunden hat. Auf dem Platz blieben alle zwei Mann, der Mathes, der seine Spazierstock in der Hand hielt, und Rouyer, der eine Reitpeitsche bei sich hatte und einen gelachenen Revolver trug. Dabei sollte Rouyer und später tat Fröder dasselbe. Wir wissen, daß Rouyer auf Mathes geschossen hat.

Konnte Rouyer es unterlassen zu schießen?

Wir beantworten diese Frage mit Ja.

Für die Notwehr finden wir als zulässiges Maß die folgende Formel: **Wir müssen nicht weniger tun, als unbedingt notwendig ist.** Was den Müller angeht, der durch die Intervention **B** Rouyer abgegebenen Schüsse getötet worden ist, so kann wohl kaum erklärt werden, daß sein Tod im auffallenden Mißverhältnis steht zu dem, was er Rouyer hatte zufügen können. Rouyer hatte seine Reitpeitsche in der Hand, und wenn er, wie er behauptet, was aber in der Hauptverhandlung widerlegt werden wird, von Müller mit bedrohlich und die linke Schulter geschlagen worden wäre, konnte sich Rouyer gegen den unbewaffneten Müller verteidigen, indem er von seiner Reitpeitsche Gebrauch machte. Alles in allem nehmen wir also nicht an, daß Rouyer sich in unmittelbarer Gefahr befunden hat und daß er sich in seinen Gunsten nicht auf Notwehr berufen kann. Wir würden den Antrag gestellt haben, das Verfahren gegen Rouyer einzustellen, wenn wir annehmen könnten, daß Rouyer sich in der Nacht vom 26. auf 27 September in Notwehr befunden hatte."

Von Interesse sind ferner die Ausführungen in dem

Bericht des Staatsanwalts im Falle Klein.

Darin heißt es. „Eine große Menge hatte sich beim Polizeihause angesammelt, und der Beamte Bauer, der im Polizeihause wohnt und den Lärm gehört hatte, kam auf die Straße, um festzustellen, was es gäbe. Der Beamte bemerkte, daß Knaben eben eine Zivilperson verhaftet hatten, die von ihnen als Angreifer Groins beschuldigt wurde. Der Beamte Brunner sah diese Zivilperson, den Willi Klein, zur Polizeiwache des 171. Infanterie-Regiments führen. Auf den Lärm hin waren mehrere Offiziere und Unteroffiziere. Einer von ihnen der Unterleutnant der Reserve Rouyer vom 11. Artillerie-Regiment, befand sich dabei in Zivilkleidung. **In dem Augenblick, wo Klein zur Zivilwache geführt wurde, zeigte Rouyer ein nicht bedauerliches Verhalten, das keiner mehr würdig war, indem er seine Reitpeitsche dem Klein einen Schlag auf den Kopf versetzte.**

Nach der Verlesung des Anklagebriefes, der über eine Seite lang ist, wird kurz mitgeteilt,

Rechtsanwalt Dr. Grimm

die Rechtsfrage auf, ob die durch den Hauptangeklagten Rouyer verletzten Personen sich im Verfahren als Nebenkläger anschließen können. Er leitet sein Plädoyer mit den Worten ein: Ein Urteil von ernster Bedeutung ist es, und in Sinne sie jetzt zu entscheiden haben werden. Wir bedauern den Tod eines jungen Menschen, den Willi Müller, der in der Volkfest seiner Jugend wenige Wochen vor Erlangung seiner Volljährigkeit dahingerafft wurde. Wir bedauern den ernsten Schwerverletzten, Josef Mathes, der heute noch im Krankenhaus liegt und der vielleicht für den Rest seines Lebens Krüppel sein wird, und wir bedauern andere Personen da, die ebenfalls von Rouyer verletzt wurden, Hofmann und Willi Klein. Ferner wird Rouyer angeklagt wegen der verschiedensten Vorfälle, die sich an den verschiedenen Orten und zu verschiedenen Gelegenheiten zugetragen haben.

Wir klagen an.

sagte Dr. Grimm, **das ist das Wesentlichste** in diesem Prozeß. Demgegenüber treten alle anderen Punkte als Nebenpunkte zurück. Dr. Grimm hat für die beiden Nebenkläger Anträge vor einem Kriegsgericht zulässig sei. Er bedaure diese Frage und überreiche ein Gutachten eines Strafrechtsprofessors und eines französischen Rechtsgelehrten, der zu demselben Ergebnis wie Dr. Grimm kam. Der Ank-klagevertreter beantragte, diesen Antrag abzulehnen, weil er in Widerspruch zu dem französischen Militärgerichtsverfahren stehe. Das gleiche tat bei eine der beiden Verteidiger Rouyers, der Advokat Garçon-Paris in ziemlich erregter Weise. Das Gericht zog sich hierauf zur Beratung zurück und kam in kürzester Zeit zu dem einstimmigen Beschluß, daß der Antrag des Nebenklägers und Verteidigers abzulehnen sei, da die französischen Kriegsgerichte nur über Staatsfragen von Personen, nicht aber über die Privatrechtlichen Schadensersatzansprüche zu erkennen hätten. Damit schloß die Vormittagssitzung. In der Nachmittagssitzung kommt der Fall Klein, der Fall des Anfangs beim zur Verhandlung, der mit dem eigentlichen Rouyer-Prozeß nichts zu tun hat.

Die deutsche und die englische Antwort an den Papst

Vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags erstattete am Freitag Staatssekretär a. D. v. Kühlmann über die Beziehungen des Auswärtigen Amtes bzw. der Reichskanzlei zu dem Abgeordneten Erzberger. Auf Frage des Vorsitzenden Dr. Philipp schilderte er die Vertrauensstellung, die Erzberger gehabt habe. U. a. habe er eine Zeitlang zu Reisen ins Ausland gedacht, und den Brief des Nuntius habe er vor der amtlichen Uebermittlung gekannt. Erzbergers Stellung sei schon aus dem Regime Bethmann Hollweg übernommen. Erzberger habe unumgrenzte Macht in der Budapester Straße gehabt, die aus Reichsmitteln unterhalten worden seien. Er habe im Informations- und Propagandaamt eine Stelle geschaffen, die in keiner Weise den Zweck hatte, den Gegnern Feind zu sein, sondern eine Zwischenstelle zwischen Erzberger und der Kurie ausgenutzt worden sein.

Eine weitere Frage, warum die amtliche Note auf die päpstliche Aktion nicht veröffentlicht worden sei, beantwortete der Staatssekretär dahin, daß es die Absicht gehabt hatte, den Gegnern die innenpolitischen Momente bekanntgeben. Er habe aber trog großer politischen Bedenken dem Abg. Seelmann und Mitteilungen in vorsichtiger diplomatischer Form gemacht.

Auf eine vom Zentrumsabgeordneten Joos in der letzten Sitzung gestellte Frage antwortete Kühlmann: Die Mitteilungen seien dem Heiligen Vater auf seine Anregung mit dem größten Entgegenkommen und in der denkbar höflichsten Form gemacht. Sie haben in materiellen Dingen Abtretung des Trentino — Erklärung über Belgien) dem Wunsch der päpstlichen Diplomatie nicht ganz nachgeben können. Der Papst hat in Antwort darauf mitgeteilt, daß er trotzdem die Mitteilungen als Zeichen des Vertrauens ansehen, und daß er sich bei der Ausgabe der Note **aus Rücksicht auf die Gegnerschaft** nicht gehindert. Wir haben freilich in dieser Frage **Rücksicht** auf die Gegnerschaft

Die Bluttat bei Stendal aufgeklärt

Der Mörder des Chauffeurs verhaftet

gh. **Wittenberge**, 17. 12. (Eigenbericht)

Die bereits gemeldete schwere Bluttat bei Stendal hat eine schnelle Aufklärung gefunden. Ueber den Hergang des Verbrechens und die Ermittlung der Täter erfahren wir folgende Einzelheiten:

Gestern nachmittag trafen sich in einer Seebadpension Glaitwerftsch in Seehausen drei junge Männer. Abends gegen 7 Uhr begaben sie sich zu dem Fahrradhändler Günther in Seehausen, um mit diesem Spitzenpferde von Polen zu fahren. Der Sohn des Günther steuerte den Wagen. Sie fuhren ab und kurz vor dem Dorfe Lüchtritze bekamen sie bei der Ausführung ihres Raubplanes. Die Banditen hatten es auf das Auto abgesehen. Zwei der Verbrecher hatten hinten Platz genommen, der dritte saß neben ihm. Einer von den hinten Sitzenden

schob plötzlich dem Chauffeur eine Kugel in den Rücken.

Der Wagen kam zum Stehen und den schwerverletzten Günther gelang es noch, herauszuspringen. Er taumelte nach einer Strecke hinaus und fiel wie tot in den Chausseegraben. Von einem nicht weit entfernten Gehöft aus war das Auto von einer Frau beobachtet worden, ohne daß jedoch von ihr in der Dunkelheit der Verdrecherzug gesehen worden wäre. Ein junger Mann fand den Schwerverletzten in einer Blutlache liegen. Günther erwachte noch kurze Zeit, ohne Namen angegeben und den Mordanschlag zu schildern, kann hart er.

Die Kriminalpolizei der ganzen Umgegend wurde von dem Vorfall sofort unterrichtet. Die Verbrecher beabsichtigten jedenfalls nach Spandau zu gelangen. Ihre Komplicenschaft ließ sie aber

verschiedene Irrwege

fahren, so daß sie noch nicht weit von der Mordstelle festgenommen werden konnten. Der Landjägermeister Fiedler in Stendal ist Hinderung war von dem Mord ebenfalls unterrichtet worden. Er beobachtete zur Nachtzeit ein Auto beim Einfahren in die Stadt. Die Verbrecher fuhren dort, die Wegweiser zu lesen. Der Landjägermeister rief ihnen zu: „Hände hoch", und so gelang es ihm, mit vorgehaltenem Revolver den Verbrecher zu verhaften. Er konnte jedem einen geladenen Revolver abnehmen.

Die Festgenommenen sind ein Fahrtechniker Ernst Plate, Sohn eines Kaufmannes aus Saarbrücken, ferner der Fahrtechniker Erich Bergel und der Kellner Kurt Wolchewat. Die Verbrecher leugneten zuerst die Tat. Am Tatort drach Plate zusammen und legte ein Geständnis ab, daß er, Oberl. den jungen Kaufmann hinterrücks erschossen habe. Die Banditen wurden in das Gerichtsgefängnis Seehausen gebracht.

Das Hindenburg-Haus

In den Nachrichten über das vom Deutschen Osbund geplante Hindenburg-Haus wurde auch mehrfach der Wunsch erwähnt, darin ein Hindenburg-Museum unterzubringen. Darüber schreibt das „Oliser", die Wochenschrift des Deutschen Ostbundes, daß es sich hierbei nicht um einen neuen Plan handelt, daß das geplante Museum vielmehr in Posen bereits seit für das während des Weltkrieges in Posen bereits gegründete, von den Polen aber später beschlagnahmte Hindenburg-Museum. In Polen erfuhr man nach dem Siege von Tannenberg der Tat, daß dortige Geburtshaus Hindenburgs und das in der Nähe gelegene Rastpost Gollerschin zu erwerben. Das Geburtshaus sollte als Hindenburg-Museum dienen, und Gollerschin, wo Hindenburg so lange verbracht hat, sollte seinen Eltern aus Posen verzogen werden, jahrelang regelmäßig seine Ferien verbracht hat, so daß es für ihn zur Erholungsstätte geworden war, wollte sein Sommersitz auch im Alter sein. Der Zusammenbruch des Vorhabens hat die endgültige Durchführung dieser Pläne verhindert. Auch für sie soll auf Anregungen, die aus den Kreisen des früheren Ostpreußischen des Posener Hindenburg-Museums ergangen sind, das in Berlin zu errichtende Hindenburg-Haus Erfolg bieten.

Das „Weihnachtswetter" beginnt . . .

Der Himmel ist seit Donnerstag eifrig mit Weihnachtsvorbereitungen beschäftigt. Die trübe Witterung hat begonnen und wird meteorologischen Ermessen nach auch in der nächsten Zeit anhalten. Es ist das traditionelle Weihnachtswetter, wenigstens für Berlin und Umgebung. Der Schnee, der sich gestern in den Abendstunden festzusetzen suchte, mußte bald von seinem Vorhaben wieder Abstand nehmen und seinen Aggregatzustand rasch wechseln.

Die warmen Westwinde haben kein Verständnis für die heimliche Poesie des Winters und haben hier eine destruktive Tendenz, die den Winter nicht aufkommen läßt. Nicht weit von uns hat es bei gestrigem Abend einen heftigen Kampf gegeben. Wie von der Oeffentlichen Wetterprognosestelle mitgeteilt wird, hat sich nämlich etwas südlich von Berlin ausgebildet eine Operationsgebiet der feindlichen Mächte, Kälte und Wärme. Die Wärme kam aus westlichen den kalten Luftmassen, die sich aus Südosteuropa von Polen aufgemacht hatten, und trafen in der Gegend von Potsdam zusammen. Es

einem heftigen Zusammenstoß. Ein erbitterter Ringen begann, so daß die Schneeflocken in wirbelnden Gestöber zur Erde herabsanken. Die warme Luft gerier in Bedrängnis und zog sich, geschwächt von dem ersten Zusammenprall, ein wenig zurück. Doch ihre Chemnitzer Kanone nicht lange, und die Auswirkung ihrer erneut anwerfenden Kraft war bald offensichtlich zu spüren.

Der Nordwind zog rasch über die Grenze nach Polen, um dort Quartier zu machen. Unter seinem Cuttisch liegt seitdem auch der Nordosten Deutschlands. Im übrigen Reich ist es milde und mild. In Berlin zeigt das Thermometer in den Vormittagsstunden unerhörte 1 bis 3 Grad Wärme. Das regnerische Wetter hat sich auf den flachen Lande eingestellt und wird erst in Südhängen über einhundert Meter Höhe vom Schnee abgelöst.

Fristverlängerung für Zahlung der Ausgleichsbeträge bis 1938

Da das Publikum, wie aus der verhältnismäßig geringen Zahl der eingereichten bezüglichen Anträge hervorgeht, nicht genügend über den § 26 des Aufwertungsgesetzes informiert zu sein scheint, so erscheint es notwendig, auf seine Wichtigkeit hinzuweisen. Nach § 26 kann unabhängig die Aufwertungsfälle, wenn es mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Eigentümers oder des Schuldners zur Abwendung einer großen Unbilligkeit unabweisbar erscheint, auf Antrag anordnen, daß der Aufwertungsbetrag in Zahlbeträgen, jedoch spätestens bis zum 1. Januar 1938 zu zahlen ist.

Der Antrag in dieser Beziehung ist nur bis zum 1. Januar 1927 zulässig. Diese Antragsfrist läuft also in wenigen Tagen ab. Nach dem 1. Januar ist die Zulassung eines solchen Antrages unter gewöhnlichen Umständen nicht mehr zulässig.

Der Publikum ist ferner nicht genügend bekannt, daß dieses Verfahren von dem sonstigen Verfahren unabhängig ist. Also auch wenn über einen Antrag auf Fristverlängerungsantrag nach dem 1. Januar 1927 noch nicht entschieden ist, ist doch die Stellung des obigen Fristverlängerungsantrages nur bis zum 1. Januar 1927 zulässig. Ferner ist wegen der ungeheuren Menge der gestellten Aufwertungsanträge vielen Schuldnern noch nicht bekannt geworden, daß Aufwertungsanträge gegen sie schreiben. Aber auch für diese gilt nur die Frist bis zum 1. Januar 1927.

Es erscheint also für viele Eigentümer oder Schuldner geboten, auf alle Fälle einen Fristverlängerungsantrag zu stellen. F. R.

Weihnachtsausstellung in der Philharmonie

In der Philharmonie in der Bernburger Straße wurde eine Weihnachtsausstellung eröffnet, die bis Sonntag, den 20. d. M. dauert. Das Bild dieser Weihnachtsschau ist überaus bunt und mannigfaltig. Praktische Gegenstände und Spielzeug verschiedener Art gelten die in geschmackvoller Aufmachung und werden mit eindringlicher Sprache für ihre Qualität. Am laufenden Band kommen die Staubsauger hervor. Aber auch die elektrischen Klaviere und Grammophone gehen nicht an Klangstärke nach. Auch Lederwaren, Parfümerien für Duft in- und ausländischer Sorten, Parfüme und sonstiger riechbaren Lettenartikel Schokoladen werden sich in fester und herber Form an die Geschmacksnerven. Lebkuchen mit sinnigen Aufschriften haben das Lob des Weihnachtsgebäckes verzeichnet. Die Zaffilme werden dem Einkaufsleben aufgespritzt und angenehm berühren. Streichhölzer Dose lassen den Zauber Glanz unserer Wohnung erhöhen. Qualmäßter verhindern lästigen Tabakrauch und Eisschränke konservieren die Reste des Weihnachtsmahles.

Jürgens-Prozeß Ende Januar

Nachdem das Reichsgericht die Entscheidung getroffen hat daß die Verhandlung gegen Landgerichtsdirektor Jürgens und Frau von den Berliner Gerichten geführt wird, ist die Entscheidung des Preußischen Justizministeriums zugeleitet worden. Das Ministerium hat das Landgericht Stettard angewiesen die Akten nach Berlin zu schicken. Der Durchführung der Verhandlung wird das Schwurgericht Ende Januar zusammentreten.

Für und wider Konsumfinanzierung

Im Ostsverband Groß Berlin des Hauptbundes sprach das Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Dr. Kurt Wolchewat, der an der Schaffung der Abteilung Anschaffungskredit „Eltag" im Interesse des Verbandes Berlin mit Dr. Kurt Wolchewat.

Der „Preisfestall" findet allsbrich in den gesamten Räumen des Haurestaurants Zoologischer Garten am letzten Sonnabend bis Sonntag Januar statt. Das ist der 29. Januar 1927.

Viehseuche als Folge des Hochwassers

ie. **Rathenow**, 17. 12. (Eigenbericht)

In den Gebieten, die im Sommer 1. J. vom Hochwasser betroffen wurden, tritt in letzter Zeit, besonders bei Kühen, die Leberträgel-Seuche auf. Der Leberegel gedeiht lediglich in einer Schnecke, die vornehmlich auf feuchtem Boden ihr Dasein fristet. Die auf der Weide befindlichen Tiere nehmen diese Schnecke und somit den Leberegel mit der Nahrung zusammen auf; das Schlachtvieh wird vom Fleischbeschauer fest und die betroffene Kuh geht in kurzer Zeit an Abmagerung zugrunde. Aus den Kreise Westhavelland wurden der Landwirtschaftskammer Potsdam bereits mehrere erhebliche Schäden erwachsen.

Der Fall Biedermann

ig. **Leipzig**, 17. 12. (Eigenbericht)

Zu dem Fall des wegen Steuerhinterziehung verhafteten Leipziger Kaufmanns Biedermann David Biedermann erfahren wir noch, daß außer den vorgewornten Delikten noch Bestechungen, die der Leipziger Finanzamt und der Sonderer Finanzgesellschaften in Frage kommen. Biedermann hat die Warenlieferungen nach London unter Umständen bis zum Schluß mitgeführt, ehe sich herausgestellt hat, waren diese Warenlieferungen nicht vollständig einwandfrei. Die Verhandlung der Leipziger Firma mit

Verwaltungskostenbeiträge der Hypothekenbanken

Erhebliche Zuschüsse zur Tellungsmasse durch die Zentral-Boden

Die Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgesetz hat, wie bekannt, den Hypothekenbanken einen sogenannten Verwaltungskostenbeitrag zugebilligt, dessen Höhe von 8 % starke Bedenken erregen muss. Wie Nachstehendes gelben wir eine tabellarische Uebersicht über die Beträge, die einerseits der Pfandbriefgläubiger und andererseits die Hypothekenbank auf Grund dieser Bestimmung erhält:

Nach dem Stande vom 30. 6. 26 entfallen im Höchstfalle auf:

	Pfandbriefgläubiger		Hypothekenbank	
	in Mill. Mark Pfandbriefumlauf		in Mill. Mark Pfandbriefumlauf	
Bay. Handelsbank	89,9	27,46	7,76	2,4
Bayr. Hypoth. u. Wechselb.	215,0	24,72	19,57	3
Berliner Hyp.	42,9	20,90	3,61	1,7
Brauschw. Landes Hypotheken	37,1	20,64	3,23	1,8
Deutsche Hyp. Berlin	48,4	21,39	3,77	1,8
Frankf. Hyp.	105,7	23,93	9,19	1,8
Frankf. Pfandbr.	72,2	22,31	6,28	1,9
Hamb. Hyp.	96,4	16,62	8,29	1,4
Hann. Boden	7,6	38,00	0,65	3,5
Hess. Landeshyp.	19,0	18,3	1,65	1,6
Leipz. Hyp.	38,8	20,28	3,37	1,7
Meckllg. Hyp. u. Wechselbk.	15,7	12,42	1,37	1,1
Meckllg.-Strelitz Hyp.	2,9	23,68	0,17	2
Meining. Hyp.	96,9	18,85	8,43	1,6
Mittelb. Boden	10,4	24,64	0,9	2,1
Nordbk. Grund.	17,4	19,91	1,51	1,6
Pfälz. Hyp.	30,9	22,13	2,94	1,6
Preuss. Bodenc.	65,7	18,93	5,71	1,6
Preuss. Central Boden	123,0	18,67	10,69	1,6
Preuss. Hyp. Akt. Bk.	61,1	20,32	5,31	1,7
Preuss. Pfandbr. Bank	58,9	18,83	5,12	1,6
Rhein Hyp. Bk.	117,9	19,25	10,25	1,7
Rhein Westf. Boden	47,3	17,17	4,16	1,5
Sächs. Boden Bk.	35,7	17,80	3,10	1,5
Sächs. Boden	61,7	17,37	5,71	1,5
Südd. Boden	102,6	20,95	8,92	1,7
Westdt. Boden	19,1	19,7	1,66	1,7

Wie man sieht, schwanken die Verwaltungskostenbeiträge bei den einzelnen Instituten ausserordentlich. So erhält beispielsweise die Meckl.-Strelit. Hypothekenbank nur 0,17 Mill. M., die Bayer. Hyp. und Wechsel-Bank dagegen 19,57 Mill. M. Weniger starke Differenzen ergeben sich aber, wenn man diese Beträge in ein Verhältnis bringt zu dem Pfandbriefumlauf. In diesem Falle beträgt die niedrigste Ziffer 1,4%, der höchste Satz 3,5%; im Mittel dürfte der Satz bei 1,7 % liegen. Diese Berechnung erscheint nicht unwesentlich, da man sehr oft die Ansicht hört, dass das, was die Hypothekenbanken erhalten, an sich zwar nicht unbedeutend sei, eine Reduktion dieser Beträge zugunsten der Tellungsmasse aber kaum eine spürbare Erhöhung der auf die Pfandbriefe entfallenden Höchstquote bedeuten würde. Eine Ermässigung der Verwaltungskostenbeiträge ist gesetzlich nicht, wie oben bereits gesagt, nicht mit den geringsten Schwierigkeiten verknüpft. Der Artikel 76 der Durchführungsbestimmungen zum A.-G. sieht nämlich vor, dass die Hypothekenbank zu der Tellungsmasse aus ihrem sonstigen Vermögen einen Zu leisten hat, wenn das Ausmass der wirtschaftlichen Verhältnisse der Bank angemessen erscheinen lassen. Dieser Beitrag wird von der Aufsichtsbehörde festgesetzt.

Die Aufsichtsbehörde wird, was sehr zu begrüssen ist, nach unseren Informationen auch von dieser Befugnis Gebrauch machen und ein übermässiges Auffüllen der Kassen der Hypothekenbanken auf Kosten der Pfandbriefgläubiger verhindern. Dies gilt allerdings nur für Preussen; wie es im Reiche steht, entzieht sich leider unserer Kenntnis. Wenn letzthin davon verlautete, dass die Aufsichtsbehörde schematisch etwa 3 % von dem 8 % igen Verwaltungskostenbeitrage im Wege des Beitrages zur Tellungsmasse wieder einziehen wird, so dürfte dies nicht ganz den Tatsachen entsprechen. Aller Voraussicht nach wird man bei der Bemessung des Beitrages individuell vorgehen. d. h. einer sehr potenten und lebenskräftigen Bank einen grösseren Zuschuss zumuten als einem kleinen und finanziell nicht so gerüsteten Institut. Vor kurzem ist nun der erste Fall Direkt Art offiziell geregelt worden.

Die Preussische Central-Boden-Kredit-A.-G. hat mit ihrer Aufsichtsbehörde eine Verständigung erreicht, bei der sie sich, was durchaus anerkennenswert ist, erhebliche Opfer zugemutet hat. Sie hat sich bereit erklärt, einen Unkostenbeitrag zu leisten in Höhe von 4,1 Mill. M. Davon soll erhalten die Tellungsmasse der Hypothekenpfandbriefe 3,27 Mill. M., die der Kommunalobligationen 0,9 Mill. M. Die bei dieser Verteilung zutage tretende vorzugsweise Behandlung der Kommunalobligationen dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, dass diese Papiere von der Aufwertung verhältnismässig sehr schlecht behandelt worden sind; bekanntlich fallen die Gemeindedarlehen nur mit ganz geringen Ausnahmen unter das Anleiheablösungsgesetz. Einen unmittelbaren Einfluss auf die auf die Vorkriegspfandbriefe entfallende Quote wird der Zuschuss zur Tellungsmasse allerdings nicht haben. Die Central-Boden, hat während der Inflation, wie erinnerlich, ihren Pfandbriefgläubigern ein Umtauschangebot in 8 % ige damals neu herausgegebene Kommunalobligationen gemacht. Von diesem Angebot haben rund nom. 21 Mill. M. Pfandbriefe Gebrauch gemacht. Nun ist nach dem Artikel 80 Abs. 1 der Durchführungsbestimmungen die Gläubiger der Pfandbriefe mit Goldcharakter auf Grund eines Umtauschangebots gegen andere (Papiermark-) Pfandbriefe gesucht hat, hinsichtlich bei der Aufwertung zu behandelt zu werden, als ob er nicht gotsucht hätte. Die Central-Bodenk wäre also verpflichtet gewesen, 21 Mill. M. Pfandbriefe dem an der Tellungsmasse teilnehmenden Pfandbriefumlauf hinzuzufügen. Dies wäre gleichbedeutend mit einer Ausdehnung der auf die Pfandbriefe entfallenden Quote. Diese Belastung der Tellungsmasse wird nunmehr durch den Zuschuss von 3,27 Mill. M. vermieden. Die Central-Boden wird nämlich die 3,27 Mill. M. zur direkten Befriedigung der in Frage kommenden Inhaber der 8 % Kommunalobligationen verwenden, d. h. das Institut wird diese Obligationen genau so behandeln wie seine Pfandbriefgläubiger. Man wird also auch hier 4½ % ige Liquidationsgoldpfandbriefe ausschütten usw.

Ueber die 4,1 Mill. M. hinaus hat sich die Bank bereit erklärt, die drei Inflationsserien von Kommunalobligationen aus eigenen Mitteln durch Barzahlung abzulösen. Diese Transaktion erfordert weitere 610 000 M. Sodann hat die Bank bereits ihre Inflationshypothekenpfandbriefe ebenfalls aus eigenen Mitteln zurückgekauft; hierfür mussten 225 000 M. aufgewendet werden. Die gesamten Leistungen der Central-Boden, die der Tellungsmasse direkt oder indirekt zugute kommen, stellen sich demnach auf über 4,9 Mill. M. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass diese Summe sofort zu zahlen ist, während der Verwaltungsaufwand erst im Laufe der nächsten Jahre eingehen wird. Es ist zu wünschen, dass die übrigen Hypothekenbanken in ähnlich grosszügiger Weise den Belangen ihrer Pfandbriefgläubiger Rechnung tragen. K. E.

Schubert u. Salzer A.-G., Chemnitz. Zu den Kursstei gerungen der Aktien der Gesellschaft wird gemeldet, dass es sich dabei um Interessenkäufe der Textil-Maschine-Werke und der Berkshire-Knitting-Mills in Reading handelt. Die Finanzgesellschaft der beiden amerikanischen Gesellschaften, die Delta-Finance-Corporation, deren Inhaber gleichzeitig die Besitzer der beiden Firmen sind, soll sich durch Aktienaufkäufe bemühen haben, einen massgebenden Einfluss auf Schubert u. Salzer zu gewinnen.

Valutamarkt

Berliner Devisenkurse	Diskontsatz	17. 12. Geld	17. 12. Brief	16. 12. Geld	16. 12. Brief
Buenos Aires	5	1,727	1,731	1,728	1,732
Konstantinopel	6½	2,055	2,064	2,055	2,059
London	5	4,212	4,222	4,211	4,219
New York	4	20,352	20,403	20,363	20,413
Rio de Janeiro	—	2,409	2,415	2,404	2,410
Amsterdam	4½	167,74	168,08	167,82	168,16
Athen	7	5,832	5,846	5,839	5,851
Oslo	6½	112,07	112,33	112,09	112,35
Danzig	7½	81,45	81,65	81,47	81,67
Kopenhagen	5½	109,76	110,037	109,87	110,137
Helsingfors	6	10,71	10,73	10,68	10,92
Prag	6	7,40	7,42	7,395	7,415
Jugoslawien	8	7,41	7,43	7,395	7,415
Schweiz	3½	81,125	81,325	81,12	81,32
Budapest	9	9,037	9,059	9,037	9,059
Wien alpaut	10	73,92	74,08	73,99	74,15
Italien	6	19,03	19,08	19,12	19,16
Madrid	6	5,665	5,685	5,675	5,695
Sofia	8	3,037	3,043	3,037	3,043
Lissabon	7	18,71	18,75	18,66	18,92
Paris	7	16,43	16,47	16,45	16,49
Prag	6	12,42	12,46	12,424	12,464